



Dokumentation

ZukunftsWerkStadt2: „Kulturelle Vielfalt in den Städten – Konflikte und Potenziale in der Stadtentwicklung“

der Fachkommission Stadtentwicklung der Heinrich-Böll-Stiftung
im Max-Liebermann-Haus am 22.04.2005

Protokoll: Katharina Fichtenau/Lars Gaede

1. Baustelle: Kulturelle Vielfalt in den Städten – Konflikte und Potenziale in der Stadtentwicklung. Überlegungen zu einer kommunalen Integrationspolitik

Prof. Hartmut Häußermann eröffnete den Beitrag der Fachkommission Stadtentwicklung. Er begann seine Ausführungen damit, dass in letzter Zeit offensichtlich eine Wendung im Diskurs stattgefunden habe. Die folgenden drei plakativen Aussagen spiegelten die derzeitige Stimmungslage wider:

- 1.) „Multikulti“ ist gescheitert!
- 2.) Es gibt Parallelgesellschaften.
- 3.) Ethnische Enklaven sind zu vermeiden.

Dazu führte Häußermann aus, dass man ethnische Enklaven nicht „an sich“ bewerten könne, denn Segregation sei ambivalent und verändere ihre Bedeutung im Laufe des Migrationsprozesses. In diesem Prozess habe die Enklave eine besondere Bedeutung, vor allem am Anfang. Der Schock der Ankunft in der Fremde kann dort leichter verkräftet werden, so fände eine Stabilisierung der Identität im Wanderungsprozess statt. Im Laufe des Prozesses könne sie aber auch Integration behindern und zur Sackgasse werden. Enklaven werden dann zu einem Problem, wenn sie Orte sozialer Marginalität sind und wenn sie dauerhaft und unfreiwillig sind. Dann verfestige sich das Gefühl der Fremdheit auf beiden Seiten, sowohl bei den Zuwander/innen als auch bei der Mehrheitsgesellschaft. Häußermann betonte, dass das Wissen über Migrations- und Integrationsprozesse in Deutschland sehr wenig entwickelt sei.

Die Tradition der europäischen Stadt sei eine Kultur der Offenheit, aber auch der Abschließung und Ausgrenzung. Städte hätten heute entweder eine Zukunft als multikulturelle Stadt oder sie hätten gar keine, so Häußermann. Weiter betonte er, dass die Städte auf Zuwanderung angewiesen seien und um Zuwanderer werben müssten, wenn sie ihre ökonomische Dynamik und ihre kulturelle Produktivität erhalten und stärken wollen. Empirische Untersuchungen in den USA zeigen, dass in solchen Städten der Erfolg und das Wachstum im Bereich der Zukunftstechnologien besonders groß sind, wo ein Klima der Offenheit, Heterogenität und Toleranz vorherrsche. Innovationen hingen von kreativen Kräften ab, und diese von der Heterogenität der Stadtgesellschaft. Große Städte waren schon immer Mosaik aus verschiedenen Subkulturen.

Politisch zog Häußermann allerdings die Schlussfolgerung, dass die Städte die ethnisch-soziale Zusammensetzung der Quartiere inzwischen kaum noch lenken könnten. Trotzdem könne man an das Thema nicht mit der resignierten Einstellung heran gehen, dass ethnische Segregation unvermeidlich sei. Nach Häußermanns Einschätzung könnten die Deutschen nicht mehr vom hohen Ross herab über und zu Migranten reden nach dem Motto „die sollen sich integrieren“.

Die Mehrheitsgesellschaft könne die Bedingungen nicht mehr diktieren. Strategien für eine integrative und produktive Stadtkultur würden gebraucht.

Prof. Detlev Ipsen stellte zu Beginn seines Vortrages fest, dass in Deutschland in den letzten dreißig Jahren denkbar schlechte Wege auf dem Feld der Integrations- und Migrationspolitik beschritten worden seien. Als Resultat dessen sieht er die Nicht-Integration bzw. die Verweigerung der Integration. An drei Beispielen aus der Geschichte (Babylon, Alexandria und Lodz) illustrierte er, wie die „kosmopolitische Stadt“ aussehen kann.

Daran schloss Ipsen seine Ausführungen über „das Fremde“ an. In der Sozialpsychologie sei die Abgrenzung vom Fremden Bestandteil der eigenen Identität. Die Frage ist, wie stark man sich abgrenze. Je geringer der Austausch, desto größer sei die Angst vor dem Fremden, dem Neuen. Nach Ansicht Ipsens sollte die politische Kommunikation sich mit den sozialpsychologischen Hintergründen auseinandersetzen.

Im dritten Teil seiner Ausführungen ging es um Wege in die offene Stadt und die Frage, wie sich die deutschen Städte in den nächsten 20 bis 30 Jahre entwickeln könnten. Kulturen bräuchten Orte, Ränder und Schwellen. Die Kultur liefere Deutungen und Bedeutungen von Realitäten. Die eigene Kultur sei oftmals durchdrungen von anderen Kulturen.

Als positives Beispiel einer offenen Stadt führte Ipsen Toronto an, wo ein anderer Umgang mit unterschiedlichen Kulturen praktiziert werde. Bis in die 60er war die kanadische Zuwanderungspolitik restriktiv und nur auf Zuwanderer aus Europa beschränkt. Aus ökonomischen Zwängen musste diese Politik aufgegeben werden, die Stadt musste sich auch Zuwanderern aus anderen Ländern öffnen. Heute sei Kanada mehrkulturell. In Toronto sei die Mehrheit der Bewohner zugewandert. Es existieren dort sog. kulturelle Cluster, d. h. relativ homogene Nachbarschaften. Damit die Integration und das Zusammenleben klappt, werde z. B. neben dem Englischen in der Schule auch die Muttersprache gelehrt. Des Weiteren gebe es Mindestlöhne, damit kein Niedriglohnsektor für Migrant/innen entstehe.

Abschließend nannte Ipsen Bedingungen für die produktive Gestaltung von Einwanderung in der Stadt: 1. Die Existenz kultureller Cluster in den Städten sei eine notwendige Voraussetzung für die produktive Entfaltung von Kulturen. Diese Orte machten sich sichtbar als Orte einer anderen Kultur.

2. Nur wenn es zu einem Austausch zwischen den Kulturen komme, d. h. wenn sich in einer Stadt eine Metakultur herausbilde, könne die kulturelle Komplexität verarbeitet werden. Diese sei keine Leitkultur, d.h. Metakultur solle nicht bedeuten, dass alle deutsch werden, sondern dass alle sich in der Gesellschaft auskennen. Laut Ipsen müssten von den Städten Identifikationsangebote an Migrant/innen gemacht werden, auch städtebaulicher Art. Deshalb sind 3. kooperative Planungsformen vonnöten, die die Herausbildung von räumlichen Strukturen, Orten und Elementen einer Metakultur erleichtern und somit den produktiven Umgang mit kultureller Komplexität ermöglichen. In ca. 30 Jahren könnte dies Realität werden, so Ipsens Prognose.

2. **„Kommentare aus der Praxis I“** (Inputs von Marieluise Beck, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration; sowie Helmuth Schweitzer, Leiter der RAA/Interkulturelles Büro der Stadt Essen)

Marieluise Beck eröffnete ihren Kommentar aus der Praxis mit der Bemerkung, sie unterstütze die Thesen ihrer Vorredner vollkommen. Gegenwärtig käme es ihr

aber so vor, als entstammten sie einer anderen Welt als die, in der sie – gerade in ihrer Stellvertreterrolle für in Deutschland lebende Ausländer – ihre Erfahrungen mache. Ihrer Meinung nach stießen solche Thesen in der derzeitigen Debatte auf taube Ohren. Der gesamte Begriff Multikulturalität sei in der momentanen Debatte immer stärker negativ besetzt. Die Integrationsbeauftragte beschrieb, wie Bundeskanzler Gerhard Schröder die CeBIT 2002 als Zeitfenster genutzt habe, um mit der Initiative „Green Card“ die Notwendigkeit von Migration für Deutschland als modernen Standort zu thematisieren. Zu diesem Zeitpunkt habe sich plötzlich die Kommunikation verändert, gleichzeitig sei das demographische Problem „entdeckt“ worden. Es habe plötzlich positiven Rückenwind für ein Zuwanderungsgesetz gegeben. Nach lediglich vier Monaten sei in der Debatte jedoch nicht mehr von Öffnung, sondern wieder nur von Beschränkung der Zuwanderung die Rede gewesen.

Das Gesetz, das schließlich herauskam, hätte daher faktisch nicht für mehr Offenheit gesorgt, wie eigentlich vorgesehen. Dabei stelle sich die Frage, ob die Verschärfung des Tons von den Eliten und den Medien herbeigeführt worden sei oder ob diese Entwicklung von unten käme. Die Erwartung, Integration sei gesetzlich zu verordnen, sei unrealistisch, da diese einen langen, komplexen Prozess darstelle. Durch diese Erwartung seien Enttäuschungen in der Bevölkerung vorprogrammiert.

Sowohl in der Bevölkerung als auch von den politischen Eliten würde darüber hinaus die Segregation von Migranten als Problem gesehen. Der gängigerweise in der Debatte verwendete Begriff „Parallelgesellschaft“ unterstellt einen fehlenden Willen der Migranten, sich zu integrieren. Das wird deutlich, wenn man die Frage so formuliert: „Warum weigern sich die Türken, nach Dahlem zu ziehen?“. Segregation sei in den meisten Fällen auf den Aspekt billigen Wohnraums und auf die soziale Schichtzugehörigkeit zurückzuführen und damit unfreiwillig. Es handele sich also eigentlich um soziale Schichtung, die lediglich ethnisch aussähe. Die Zuwanderung aus der Türkei sei überwiegend eine Unterschichtenzuwanderung gewesen. Pisa habe gezeigt, dass das deutsche Bildungssystem nicht in der Lage ist, Unterschichtenkinder zu fördern. Migrantenkinder seien hierbei doppelt belastet, da für sie noch sprachliche Probleme hinzukämen. Beck forderte, man solle wieder mehr über soziale Fragen wie Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt reden, anstatt Probleme ethnisch zu definieren.

Seit dem 11. September und dem Mord an van Gogh nehme die Ungeduld der Mehrheitsgesellschaft zu und werde verstärkt durch die zunehmende Sichtbarkeit von Migration, die sich im selbstbewussteren Umgang vieler Migranten mit ihrer religiösen Identität ausdrücke. Hier sei ein Konflikt zwischen Identität und Anpassung aufgebrochen. Die (Kopftuch-) Debatte sei in allen politischen Lagern offensiv geführt worden. Der Konflikt bestehe hauptsächlich zwischen Tradition und Moderne und nicht zwischen den Religionen, wie es so gerne dargestellt würde. Auch aus den ethnischen Communities heraus würden z.B. die „Ehrenmorde“ kritisiert. Zum Abschluss äußerte Marieluise Beck die Hoffnung, dass sich die Ansätze von Häußermann und Ipsen eines Tages als Mainstream des liberalen und offenen Denkens durchsetzen.

Dr. Helmuth Schweitzer griff in seinem Input ebenfalls die Frage auf, wo das negative Bild der multikulturellen Gesellschaft herkäme. Neben den von Beck bereits benannten Akteuren beschrieb er auch den Diskurs in den Sozialwissenschaften als Ursache. Diese sei aus dem angloamerikanischen Kulturkreis übernommen worden, ohne dass hier ähnliche Bedingungen herrschten. Deutschland habe sich im Gegensatz zu dort bis zum 1.1.2005

offiziell nicht als Einwanderungsgesellschaft verstanden. Der Diskurs in der deutschen Öffentlichkeit sei seit der von kritischen Sozialwissenschaftlern unterstützten Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen und den damaligen sogenannten „Rassenunruhen“ in den USA bis heute von der Angst des Bürgertums vor der unkontrollierbaren Revolte aus den segregierten Gebieten geprägt. So heißt es z.B. in einem Papier des Berliner Senats mit dem Titel „Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien“ aus dem Jahr 1972: „Türken neigen zur Ballung.... Ballung fördert Verharren in nationaler Isolierung = Ghettotendenz = Radikalisierungsgefahr“. Die Sozialwissenschaften haben seiner Meinung nach insbesondere in ihrer Funktion als Politikberater dazu beigetragen.

Des Weiteren ging Schweitzer darauf ein, dass es normal sei, dass sich Migrantinnen zurückzögen, wenn sie negative interkulturelle Erfahrungen z.B. in der Schule oder mit der Verwaltung machten. Rückzug sei eine gängige Reaktion auf eine dominante (Mehrheits-)Kultur, dass habe man bereits bei der Arbeiterbewegung oder auch im Feminismus beobachten können. Als entscheidend bezeichnete auch Schweitzer, dass eine soziale Debatte geführt werden müsse und nicht eine ethnische.

Es gebe jedoch durchaus hoffnungsvolle Ansätze wie seine Arbeit in Essen zeige. Ziel sei es gewesen, eine interkulturelle Orientierung in der Stadt Essen zu entwickeln. Hierfür seien alle Akteure, die in der interkulturellen Arbeit tätig sind, an einen Tisch geholt worden - bei gleichzeitiger Akzeptanz bereits bestehender eigenethnischer Strukturen. Vertreter u.a. aus Politik, Verwaltung, Schulen, Polizei, von Migrantinnenvereinen hätten dann in Arbeitsgruppen versucht, anhand der Leitlinien Konzepte und Maßnahmen zu entwickeln, um die interkulturelle Arbeit in der Stadt zu verbessern. Die daraus resultierenden Maßnahmenvorschläge wurden dem Rat der Stadt zur Entscheidung vorgelegt. Dieses Modell, so Schweitzer ließe sich nicht nur in Essen sondern überall anwenden. Besonders erfreulich sei die intensive Zusammenarbeit mit verschiedenen ethnischen Gruppen, die sich von dem Modell ernst genommen fühlten.

3. **„Kommentare aus der Praxis II“** (Inputs von Marita Schieferdecker-Adolph, Ausländerbeauftragte der Stadt Dresden, und Mustafa Cetinkaya, Wohnbund-Beratung NRW)

Marita Schieferdecker-Adolph wies darauf hin, dass in Dresden vergleichsweise wenige, nämlich nur 18.000 Migrantinnen leben. Gerade das habe die Entwicklung eines Integrationskonzepts notwendig gemacht. Hierfür seien zu verschiedenen Themen wie z.B. Arbeit/Ausbildung, Gesundheit, Schule, Wohnen, Jugend und Kultur Arbeitsgruppen unter Beteiligung von Migrantinnen geschaffen worden. Für Dresden habe man ein spezifisches Kulturleitbild definiert, in dem die Kultur der Migrantinnen als Bereicherung begriffen werde. Integration sei dabei als Wandlungsprozess verstanden worden, der Migrantinnen und Deutsche gleichermaßen betreffe. Der anfängliche Politikansatz in Dresden bezogen auf segregierte Gebieten sei die Idee der Mischung gewesen. Mittlerweile habe man jedoch den Fakt akzeptiert, dass Segregation existiere, und bemüht sich auf die Entwicklung in diesen Gebieten Einfluss zu nehmen, da Migrantinnen sich nur integrieren könnten, wenn sie sich wohl fühlten. Als positives Beispiel beschrieb sie die Arbeit eines syrischen Vereins in einem von Leerstand geprägtem Stadtteil, der überwiegend von Aussiedlern bewohnt sei, die bei den Kommunalwahlen größtenteils für die NPD gewählt hätten. Nach einer erfreulichen Dialogveranstaltung mit alten Menschen plane dieser Verein jetzt

eine Werkstatt der Kulturen und Austauschprojekte in Schulen. Es seien darüber hinaus eine Tanz- und Musikschule, Workshops zum Abbau von Vorurteilen und zum Thema Religionen/Weltanschauungen geplant. Dies zeige, dass segregierte Gebiete eine positive Rolle in der Produktion von Kultur spielen könnten.

Mittlerweile würden Leute bewusst in diese Gebiete ziehen, da sie sich dort wohl fühlten. Die aktive Mithilfe der Migrant/innen bei der Flutkatastrophe hätte gezeigt, dass auch diese sich mit Dresden identifizieren und die Stadt ihnen wichtig sei.

Des Weiteren stellte Schieferdecker-Adolph den im Rahmen des entwickelten Integrationskonzepts geschaffenen Ausländerrat vor. Dieser sollte von Ausländern selbst getragen werden. Er sei multi-ethnisch zusammengesetzt und berate in 16 verschiedenen Sprachen u.a. Asylbewerber. Darüber hinaus organisiere er Projekte gegen Gewalt und veranstalte eine Art Karawane durch Schulen, um Schüler in Kontakt mit Migrant/innen zu bringen. Ebenfalls erfreulich sei in Dresden, dass nicht nur Vereine Deutschunterricht anböten, sondern sich auch ein Theater in der Arbeit mit Migrant/innen engagiere.

Mustafa Cetinkaya strukturierte seinen Beitrag anhand von drei Thesen, die er jeweils mit einem Beispiel illustrierte. Die erste These lautete: „Institutionen und Kommunen können die Bedürfnisse nach Chancengleichheit der Migranten nicht wahrnehmen. Werden sie doch wahrgenommen, wird falsch oder gar nicht reagiert.“ Beispielhaft hierfür seien die Bemühungen des DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion), also des staatlich-türkischen Moscheevereins, eine Moschee zu bauen. Auf Briefe und Anfragen des Vereins und seine Versuche, von der Kommune ein Grundstück zu bekommen, habe es erst überhaupt keine Reaktion gegeben. Die Migranten hätten keine ausreichende Lobby auf der Entscheidungsebene. Als Fazit hierzu sagte Cetinkaya, Entscheidungen im Sinne von Migrant/innen könnten dann forciert werden, wenn eine entsprechende Verankerung in Gesellschaft, Verwaltung und Politik existierten.

Die zweite These Cetinkayas lautete: „So lange Entscheidungspositionen nicht auch mit entsprechend qualifizierten Migrant/innen besetzt sind, werden sich Parallelstrukturen entwickeln und verfestigen.“ Als Beispiel diene ihm hier die „Initiativgruppe der Migrantenvereine in Gelsenkirchen“ (GEMI), einem Zusammenschluss von ca. 21 Vereinen, der sich zum Ziel gesetzt habe, die eigenen Mitgliederorganisationen besser gegenüber Verwaltung, Politik usw. zu vertreten. Der Zusammenschluss habe sich geschlossen an die Stadt gewandt und sich als Berufsqualifizierungsnetzwerk in der Rolle des Projektträgers an einem Bundesmodell zur Berufsqualifizierung beteiligt. Dies zeige, so Cetinkaya, dass Migrant/innen eben Parallelstrukturen aufbauen müssten, wenn etablierte Institutionen wie die AWO, Diakonie oder Caritas ihre Aufgaben nicht im Sinne von Migrant/innen erfüllten.

In seiner letzten These führte Cetinkaya aus, dass es beim Integrationsprozess immer Konflikte geben werde, sofern Minderheits- und Mehrheitsgesellschaft keine gemeinsame Identifikation entwickelten. Er beschrieb, wie sich eine Gruppe von Kleingärtner/innen - unter ihnen viele Einwander/innen der ersten Generation - organisierte dann jedoch der Kleingartenverband vergessen worden woraufhin sich dieser entrüstet geweigert habe, das Land zur Verfügung zu stellen. Erst durch die Kontakte eines wichtigen Menschen aus der Verwaltung mit dem Verband sei es doch noch zur Einigung gekommen. Laut Cetinkaya wäre das einem/r Migrant/in so nicht gelungen, da die notwendige Grundlage zum Klüngeln auch nach dreißig Jahren noch nicht existiere.

Integrative Stadtentwicklung könne nur dann erfolgreich sein, wenn auch die Migrant/innen an Entscheidungsprozessen beteiligt würden, fasste Cetinkaya zusammen. Entscheidungsmacht und Ressourcen müssten an Migrant/innen weiter gegeben werden. Interkulturalität als Leitbild der Stadtentwicklung sei unbedingte Voraussetzung, jedoch nicht nur durch Einbinden von Übersetzern. Vielmehr müssten Menschen mit Migrationshintergrund langfristig - nicht nur auf Projektbasis - eingestellt werden.

4. Diskussion

In den offenen Diskussionsrunden thematisierten einige Teilnehmer/innen, dass die Situation vielfach zu dramatisch dargestellt werde. Nach Meinung eines Gastes sei der Kompromisszwang längst in den Köpfen von Einwanderern und Mehrheitsgesellschaft angekommen. Beck erwiderte, man müsse in der Tat trennen zwischen dem von politischen Eliten und Medien gezeichneten dramatischen, aus extremen Einzelfällen konstruierten Bild und der Realität. Verunsichernd sei, so Beck, dass nicht nur der „Berliner Journalismus“ die Debatte verschärfe, sondern auch die Mittelschichten, die früher noch eher „pro Multikulti“ eingestellt waren, „von der Fahne gehen“. Beispiel seien hier die vielen frustrierten Lehrer, die über fehlende Bemühungen der Einwandererfamilien klagten.

Des Weiteren wurde sowohl von verschiedenen Gästen als auch von Franziska Eichstädt-Bohlig gefordert, man dürfe sich in der Debatte nicht scheuen, Probleme offen anzusprechen, sollte Traditionen nicht unhinterfragt akzeptieren und Anforderungen konsequent an die Mehrheitsgesellschaft, aber auch an die Migrant/innen stellen. Die entscheidende Frage sei, so Eichstädt-Bohlig, wo man Freiheit lassen müsse und wo Demokratieregeln verteidigt werden müssen. Beck wies darauf hin, dass der 6. Familienbericht verdeutlicht habe, wie extrem hoch die Anforderungen und die Integrationsleistungen der Migrantenfamilien bereits seien. Junge Frauen hätten beispielsweise ihre Bildungssituation verbessert, im gleichen Zeitraum sei jedoch ihr Zugang zur Ausbildung um 20% zurückgegangen. Diese frustrierenden Zurückweisungserfahrungen in der Mehrheitsgesellschaft seien gefährlich, da sie schnell zu Rückzug führten. Die Frage sei demnach, ob die Mehrheitsgesellschaft nicht bereits zu viel von den Migrant/innen verlange, wenn sie zwar Bildung einfordere, dann aber trotz erbrachter Leistung derartig zurückweisend mit ihnen umginge.

Eine weitere Diskussionslinie verlief entlang der Frage, was man tun könne, um die Integration von Migrant/innen und die Kommunikation mit der Mehrheitsgesellschaft zu fördern. Es wurde angesprochen, dass es zu wenige Migrant/innen in Entscheidungspositionen gäbe. Ein weiterer Gast forderte, die Partizipation müsse besser gefördert und Strukturen geschaffen werden, mit denen ethnische Gruppen erreicht und einbezogen werden könnten. Problematisch hierbei sei manchmal, so ein weiterer Gast, das mangelnde Interessen der Migrant/innen selbst, da deren Probleme eben größtenteils wirtschaftlicher Natur seien.

Ein Teilnehmer erntete Zustimmung mit seinem Appell an die Grünen, sich der CDU und auch der SPD entgegenzustellen bei deren Versuchen, mit billigen Debatten politisch zu punkten. Die Grünen seien hier die Hoffnung vieler Migrant/innen, die erwarteten, dass sie ihre Interessen konsequent vertreten. Momentan entstünde der Eindruck die Grünen seien mit der Multikultidebatte

überfordert, dass sei fatal, da es für die Partei lohnenswert sei, für Menschen mit Migrationshintergrund einzutreten.

5. Resümee: Meilensteine für die Stadt der Kulturen

Franziska Eichstädt-Bohlig bat die Experten aus der Fachkommission, Hartmut Häußermann und Detlev Ipsen, um ein Feedback, was sie aus der Veranstaltung mitnehmen würden. Detlev Ipsen wandte sich dagegen, dass die Fachkommission sich ebenfalls von „Multikulti“ abwenden solle, weil das als blauäugig gelte. Die ZukunftsWerkStadt sollte Visionen entwickeln. Die aktuellen Probleme seien wichtig, wichtiger sei es aber, über die Zukunft der Städte in Deutschland zu reden. Er kritisierte außerdem das fehlende Wahlrecht für Ausländer. In Toronto hätten die Zuwanderer 40% der Stimmen und seien damit ein Machtfaktor.

Hartmut Häußermann ergänzte, dass sie nicht über konkrete Stadtentwicklungsprojekte mit Migrationsaspekten geredet hätten, weil es diesbezüglich keine Konzepte in Deutschland gebe, schon gar nicht auf die Zukunft bezogen. Auf die Frage, ob Segregation vorwiegend sozial oder vorwiegend kulturell geprägt sei, entgegnete er, dass Segregation entlang ethnischer Linien hauptsächlich eine Bildungssegregation sei. Auch die bildungsorientierten Migranten zögen dort hin, wo die Mittelschichten wohnen und wo „gute“ Schulen sind. In den „Problemstadtteilen“ seien die Schulen hingegen Orte der sozialen Benachteiligung. Dennoch gebe es keine Integrationskonzepte im Bildungs- und Schulbereich. Der Bildungsnotstand war ein Thema in den 70er Jahren, heute sei es das wieder! Wie damals gelte es Bildungsreserven zu erschließen, in den 70ern waren die Zielgruppen die Landbevölkerung und die Frauen, heute seien es die Migrant/innen. Es stehe die Zukunft der Städte auf dem Spiel, wenn das Bildungsproblem nicht angegangen werde.

Franziska Eichstädt-Bohlig griff die Demokratiefrage nochmals auf, das Recht auf Bildung und Mitsprache. Häußermann bestätigte, dass das Wahlrecht ein entscheidender Punkt sei, denn es entscheide über Ausschluss oder Einschluss in die Mehrheitsgesellschaft. Auf kommunaler Ebene sei dieses Projekt leider gescheitert. Die Menschen interessierten sich aber nur dann für das Gemeinwesen, wenn sie dort integriert seien und auch bleiben wollten. In den sog. „Problemquartieren“ treffe man nun auf die ironische Situation, dass Ausländer, die kein Wahlrecht haben, neben Deutschen leben, die das Wahlrecht haben, es aber nicht nutzen. Er stellte aber auch fest, dass Ausländer bzw. Menschen mit Migrationshintergrund sich politisch nicht beteiligten und die Ausländerbeiräte kein politisches Gewicht entfaltet hätten.

Franziska Eichstädt-Bohlig sagte abschließend, dass die Fachkommission weiter an diesem Thema arbeiten werde. Sie bedankte sich bei den zahlreichen Teilnehmern für ihr Kommen und die rege Diskussion.